

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 06
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 26

6. Februar 1985

Inge Wettig-Danielmeier
MdL, Bundesvorsitzende
der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Frauen und Mitglied des
SPD-Parteivorstandes, zu
Geißlers Gleichstellungs-
Versprechungen: CDU an
ihren Taten messen.

Seite 1

Hans Günter Brauch, RÜ-
stungskontrollexperte an
der Universität Stuttgart,
belegt, daß 385 Pershing
II für Europa bereit ge-
stellt werden: Bürger
wurden getäuscht.
(Teil II) Seite 3

Dokumentation

Die Aktion Sühnezeichen /
Friedensdienste e.V. hat
Bundeskanzler Helmut Kohl
in einem offenen Brief
aufgefordert, seine Zusage
zur Teilnahme am Schlie-
sier-Treffen zurückzuzie-
hen und an die Entspan-
nungspolitik der sozial-
liberalen Bundesregierun-
gen anzuknüpfen.

Seite 6

Die Frauen gleichstellen

Nach Geißlers Versprechungen muß sich die CDU an ihren
Taten messen lassen

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokrati-
scher Frauen (AsF)

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Immer das gleiche Leid. Alle im Bundestag vertretenen
Parteien formulieren immer neue Werbetexte für die Gleich-
stellung von Mann und Frau in der Gesellschaft. Den
Frauen hilft aber kein Papier, sondern nur ein energischer
Gesetzgeber. Es ist endlich an der Zeit, den Worten Taten
folgen zu lassen. Deshalb fordere ich alle im Bundestag
vertretenen Parteien auf, die Gleichstellung von Mann und
Frau im Erwerbsleben über entsprechende gesetzliche Ini-
tiativen durchzusetzen. Die katastrophale Situation auf
dem Arbeitsmarkt erfordert spezifische Beschäftigungs-
förderungsmaßnahmen für Frauen. Öffentliche und private
Gesetzgeber müssen dazu verpflichtet werden, Ausbildungs-
plätze zu gleichen Teilen an Jungen und Mädchen zu verge-
ben. In allen Beschäftigungsbereichen und auf allen
Qualifikationsstufen müssen Arbeitsplätze Frauen und
Männern in gleicher Weise offenstehen.

Wenn wir uns in der Frage gleiche Berufschancen für
Frauen und Männer auf die Wirtschaft verlassen, wie es die



CDU-Thesen nahelegen, dann sind wir verlassen. Jeden Samstag genügt ein Blick in die Seiten mit den Stellenanzeigen der großen Tageszeitungen, um zu erkennen, daß wir noch immer meilenweit davon entfernt sind, Frauen gleichermaßen den Zugang zum Beruf zu gewähren. Wenn es die CDU mit ihren neuen Einsichten bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau wirklich ernst meint, dann sollte sie sich sofort für eine Änderung des EG-Anpassungsgesetzes einsetzen, die geschlechtsneutrale Stellenausschreibung in eine Muß-Vorschrift umwandeln und die Beweislast dem Arbeitgeber auferlegen, das BAFöG für Schüler und Schülerinnen wieder einführen und die Möglichkeit für die berufliche Wiedereingliederung von Frauen gezielt verbessern.

Weil die konservative Regierung bisher aber keine Möglichkeit ausgelassen hat, den Frauen in der Bundesrepublik das Leben zu erschweren, ihnen Freiräume zu beschneiden und vielen die Grundlage für eine eigene Existenz zu entziehen, deutet alles darauf hin, daß die CDU mit ihren jetzt veröffentlichten Leitsätzen nur auf öffentlichkeitswirksame Show-Effekte zielen.

Die Christdemokraten werden sich an ihren Taten messen lassen müssen. Ein erster Prüfstein wird das Ehescheidungsfolgenrecht sein. Unterstützt die CDU-Fraktion den vorliegenden Entwurf, der vorsteht, daß künftig Unterhaltsansprüche auch dann versagt, gekürzt oder zeitlich begrenzt werden können, wenn der Unterhaltsberechtigten, also in der Regel die scheidungswillige Frau, für die gemeinsamen Kinder sorgen muß, dann wird sich zeigen, wie breit der Graben in der CDU zwischen Worten und Taten ist.

(-/6.2.1985/rs/ks)

+ + +



Die Bürger wurden bei der Pershing Stationierung getäuscht (Teil II)

Werden 385 Pershing II nun zum Sprengsatz für die Genfer Abrüstungsgespräche?

Von Hans Günter Brauch

Rüstungskontrollexperte an der Universität Stuttgart

Daß diese zusätzlichen Pershing II nicht in der Türkei stationiert werden sollen, wie sowjetische Propagandisten behaupteten, oder gar auf Alaska, wie auch westdeutsche Journalisten mutmaßten, läßt sich bereits den Aussagen von Generalmajor Maloney vom 18. März 1982 entnehmen. Danach sind insgesamt 16 2/3 Pershing II-Batterien geplant. Diese sind für "12 Batterien in Europa oder drei Bataillone und ein Ausbildungs-bataillon in den USA" vorgesehen. Die drei Bataillone der 56. US-Feld-Artillerie-Brigade sind ausschließlich in der Bundesrepublik stationiert: in Mutlangen, in Heilbronn/Neckarsulm und in Neu-Ulm. Jedes der Pershing II-Bataillone verfügt über vier Batterien mit je neun Pershing II-Startgeräten, von denen jeweils eine sich in einer ständigen Alarmbereitschaft befindet (Quick Reaction Alert beziehungsweise Combat Alert Status).

Aus der Sicht des Pentagon macht es wenig Sinn für 108 nachladefähige Pershing-II-Raketen nur 108 Pershing II-Raketen und 300 Pershing II-Sprengköpfe in der Bundesrepublik zu lagern, und die restlichen 277 in den USA für einen schnellen Transport nach Europa bereitzustellen. Kreise der amerikanischen Armee, die sich in Zeitschriften wie Army und Field Artillery Journal äußern, fordern eine Bereitstellung der Nachlade-Raketen für die bereitgestellten Startsysteme. Ein Vergleich mit den bekannten Planungen zu den Marschflugkörpern läßt erkennen, daß kaum 277 Pershing II für Ausbildungs- und Testzwecke benötigt werden, wie Dr. Hiehle andeutete.

	Einheiten		Startsysteme	Raketen		Gefechtsköpfe
	BRD	USA		Europa	produziert	
Marschflugkörper (GLCM)			4 x 116	464	565	560 W84
Pershing II	12	16 2/3	108	?	385	300 W85
	3	1				

Nach einer Angabe von Generalmajor Maloney vom 18. März 1982 sind "von den (gestrichen) (385) Raketen, (gestrichen) (300) für operative Zwecke, 24 für Wartungszwecke (maintenance float) und die restlichen sind für ein zehnjähriges Testprogramm (10 years of weapon surety program) vorgesehen, das heißt etwa 61 beziehungsweise weitere 38 Raketen für die kommenden acht Jahre, wenn man die bisher getesteten 22 Pershing II-Raketen und die in Heilbronn verbrannte 1. Stufe einer Pershing II abzieht. Aus dieser Analyse kann man entnehmen, daß für jeden Pershing II-Standort in der Bundesrepublik mit 36 Startgeräten 100 bis zu 108 (bei zweimaliger Nachladefähigkeit) ab dem 1. Oktober 1985 verfügbar sein werden.

In der aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages aus Anlaß des bisher schwersten Pershing II-Unfalls vom 11. Januar 1985 in der Waldheide versprach Verteidigungsminister Wörner am 25. Januar 1985 zwar eine lückenlose Aufklärung der Unfallursache, er vermied es jedoch zu der konkreten Aufklärung beizutragen. Im einzelnen stellte der Verteidigungsminister Wörner fest:



"Bei dem Unfall am 11. Januar 1985 in Waldheide bei Heilbronn war die Bevölkerung zu keinem Zeitpunkt in Gefahr, weder in der Nähe noch im weiteren Umkreis des Unfallortes. Nukleare Gefechtsköpfe waren von diesem Brandunfall nicht betroffen.

Die in der Sendung 'Monitor' aufgestellte Behauptung, es habe die Gefahr einer Verstrahlung des Großraums bestanden, trifft nicht zu. ...
Unabhängig von diesem Unfall ist allgemein festzustellen:

1. In der Bundesrepublik Deutschland ist noch niemals ein Unfall mit einem nuklearen Sprengkörper, also dem nuklearen Teil von Waffen geschehen.
2. Die Nuklearwaffen sind unter strengsten Sicherheits- und Schutzvorkehrungen gelagert. Auf Straßentransportern und bei Übungen werden nukleare Gefechtsköpfe nicht mitgeführt.
3. Die Behauptung, das Waffensystem sei nicht hinreichend erprobt, ist unrichtig. Tatsächlich wurde das System einem umfassenden Versuchsprogramm unterzogen. Von den 22 Flugtests verliefen 18 technisch erfolgreich."

Verteidigungsminister Wörner vermied jedoch jede Stellungnahme, ob jene Pershing II, die sich in ständiger Einsatzbereitschaft (Combat Alert Status) auf einer verwundbaren Pershing II-Stellung befinden, ständig nukleare Sprengköpfe tragen. Am 26. Mai 1984 schrieb hierzu William Drozdiak in der Washington Post: "Sobald eine Pershing II-Batterie einsatzbereit wird, werden drei Raketen in eine 24stündige Alarmbereitschaft auf einem Standort außerhalb des Lagers (in the field) versetzt, während die restlichen sechs in einem größeren Militärlager ohne Sprengköpfe in einer Garage verbleiben."

Am 8. Oktober 1984, das heißt über drei Monate vor dem Unfall in der Waldheide bei Heilbronn, schrieb Walter Pincus auf Seite 31 in der Washington Post unter der Überschrift: "Pershing II werden schneller als erwartet stationiert":

"Die Vereinigten Staaten stationieren seit März, nach einer geheimen Stellungnahme, die früher vor dem Kongreß abgegeben wurde, durchschnittlich pro Woche eine Pershing II-Rakete in Westdeutschland."...

Nach einer Aussage von Brigadegeneral James C. Cercey, die in dem veröffentlichten Bericht aus Sicherheitsgründen gestrichen wurde, plant die US-Army Pincus zufolge: "den Stationierungsprozeß so fortzusetzen, daß alle neun Wochen eine Batterie stationiert wird".

Nach Pincus waren demnach Anfang Oktober 1984 bereits 45 Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland stationiert, beziehungsweise legt man seine Informationen zugrunde, dann ereignete sich der Unfall in der Waldheide während der Montage der 7. von 12 vorgesehenen Pershing II-Batterien.

"Um den Sowjets das Geschäft zu erschweren, den jeweiligen Standort der Pershing II-Staffeln herauszufinden", würden "unbewaffnete Raketen weit häufiger auf den Straßen transportiert als dies früher bei den alten Raketen der Fall war". Um diese Operationen sowohl vor den Sowjets als auch vor den antinuklearen Aktivisten geheimzuhalten, "werden die Pershing II-Bewegungen mit ihren Konvoys spät in der Nacht oder am frühen morgen durchgeführt. Für einen Reisenden in jenem Teil Deutschlands ist es jedoch schwer, zumindest einen Konvoi zu übersehen".

Nach den operativen Plänen der Pershing II-Einheiten durchläuft jede der vier Batterien eines Bataillons einen zwölfwöchigen Operations-Zyklus. "Nur eine /Batterie/ ist in



einem 'einsatzbereiten Status', mit einem Kernsprengkopf auf ihren neuen Raketen. Die anderen drei Batterien, die keine Kernsprengköpfe auf ihren Raketen tragen, befinden sich entweder in der Ausbildung auf dem Felde, unterziehen sich einer Wartung oder sie sind damit beschäftigt, ihre Raketen in einem 'pre-alert status' bereitzustellen.

Die Batterie mit den neun Raketen aus Schwäbisch Gmünd, die sich in dem Zustand einer Einsatzbereitschaft befinden, sind in einer streng bewachten Anlage 160 km südlich von ihrem Heimatstandort entfernt gelagert." Einer Informationsbroschüre, die den Soldaten des Pershing Bataillons in Schwäbisch Gmünd ausgehändigt wurde, ist zu entnehmen: "Die Raketen Ihrer Batterie werden 24 Stunden lang in Feuerbereitschaft gehalten."

Eine zweite Batterie von neun Raketen, die sich in Ausbildung befindet, führt regelmäßig in einem anderen 12-Wochen-Zyklus Feldmanöver durch. In der Broschüre werden die Soldaten, dem Bericht von Pincus zufolge darauf hingewiesen, daß gelegentlich Praxisübungen durchgeführt werden, bei denen allen 27 Pershing II-Einheiten, die sich nicht in einer 24-stündigen ständigen Einsatzbereitschaft befinden, befohlen werden kann, daß sie sich auf den Weg zu den vermessenen Abschußbasen machen. Nach dem Nuklearwaffenatombuch sehen die Pershing II-Operationen vor, daß sich eine Staffel (bestehend aus drei Startgeräten) eines jeden Bataillons um die Uhr in einer ständigen Alarmbereitschaft (quick reaction alert) befindet. Diese kampfbereiten Stellungen (QRA sites) sollen nach Anhörungen vor dem Streitkräfteausschuß des amerikanischen Senats im Jahre 1980 nicht überlebensfähig sein und die Raketen müssen bedeckte "Feuerpositionen auf dem Felde" erreichen, um nicht entdeckt und damit zum Objekt sowjetischer Zielplanung zu werden.

Nach diesen Angaben ist davon auszugehen, daß nach Abschluß der Stationierung der ersten 108 Pershing II-Raketen für jedes Pershing II-Bataillon eine Batterie sich in einer QRA-Stellung mit montierten Kernsprengköpfen befindet und zwar davon jeweils eine Staffel rund um die Uhr. Es ist davon auszugehen, daß die Frage der Stationierung zusätzlicher Pershing II-Raketen das Bonner Verteidigungsministerium beschäftigen wird, sobald diese nach Abschluß der Prüfungen verfügbar sind.

Für die Genfer Mittelstreckengespräche stellen sie einen Sprengsatz dar, denn aus sowjetischer Sicht sind diese zunächst in den USA geparkten Pershing II genauso bedrohlich wie die im asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen für die USA. Diese neueren Informationen belegen, daß diese Angelegenheit keineswegs erledigt ist, wie Verteidigungsminister Wörner 1982 andeutete. Dieses Beispiel zeigt, daß deutsche Besorgnisse keinen Einfluß auf Pentagonplanungen hatten und nach wie vor haben.

(-/6.2.1985/va/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste e.V. hat Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, seine Zusage zur Teilnahme am Schlesier-Treffen zurückzuziehen und an der Entspannungspolitik anzuknüpfen. Der offene Brief im Wortlaut:

*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Initiiert von Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste fahren in diesem wie in den vergangenen Jahren wieder 50 Gruppen mit etwa 1.000 Jugendlichen in die Volksrepublik Polen, um in den ehemaligen deutschen Konzentrationslagern aus der Geschichte zu lernen und durch ihre praktische und theoretische Arbeit zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen beizutragen.

Zur Vorbereitung dieser Fahrten haben sich die 50 Gruppenleiter aus den Bereichen Kirchen, Hochschulen, Schulen und Jugendverbänden in Berlin (West) und Warschau eine Woche lang getroffen und unter anderem den derzeitigen Stand der Ost-West-Beziehungen diskutiert.

Mit der Befreiung von der deutschen Besetzung vor 40 Jahren endete für Polen das schlimmste Kapitel seiner Geschichte. Sechs Millionen Menschen wurden unter der deutschen Terrorherrschaft in Polen ermordet. In fast jeder Familie war und ist ein Opfer zu beklagen. Auf diesem historischen Hintergrund ist die bundesrepublikanische Entspannungs- und Versöhnungspolitik, die im Warschauer Vertrag ihren Ausdruck fand, in Polen auf ein breites, positives Echo gestoßen. Die Politik Ihrer Regierung jedoch hat eine atmosphärische Veränderung herbeigeführt, die alte Ängste in Polen hervorruft und mühsam gewonnenes Vertrauen aufs Spiel setzt. Ihr Umgang mit dem polnischen Partner ist halbherzig und gefährdet die Früchte der Entspannungspolitik.

Wir sehen in Ihrer Zusage der Teilnahme am Schlesier-Treffen eine konsequente Fortsetzung einer Politik, deren Meilensteine heißen: Raketenstationierung, Absage des Genscher-Besuches in Polen, Herbeireden der Absage des Honecker-Besuches, Ihre Erklärungen bei einem Treffen der Vertriebenenverbände zur deutschen Frage und Ihre mißverständlichen Äußerungen zur Befreiung vom Faschismus. Die Folgen dieser Politik im Inneren sind eine Aufwertung der Ewig-Gestrigen im Ansehen der Bevölkerung und eine zunehmende Niveaulosigkeit im Umgang mit unserer eigenen Geschichte, siehe die Diskussion um den 8. Mai.

Angesichts dieser Situation ist Ihre Teilnahme am Schlesier-Treffen - unter dem alten wie auch neuen Motto - politisch instinktlos und unverantwortlich.

Wir fordern Sie, Ihre Partei und Ihre Regierung auf, an die von Willy Brandt begründete Entspannungspolitik wieder anzuknüpfen, sowie Handlungen und Äußerungen zu überdenken, die an die unheilvolle Politik des 'Kalten Krieges' der 50er Jahre erinnern. Ein erstes Zeichen Ihrer politischen Wende wäre, Ihre Zusage zur Teilnahme am Schlesier-Treffen zurückzuziehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Christoph Heubner

Osteuropa-Referent der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste und 50 Gruppenleiter."
(-/6.2.1985/rs/ks)

+ + +

